

## **Beschluss des Landrats vom 07.03.2024**

Nr. 461

### **30. Bonus-Malus-System bei den Krankenkassenprämien** 2023/709; Protokoll: bw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, der Regierungsrat sei bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Eine schriftliche Begründung liegt vor.

**Caroline Mall** (SVP) dankt dem Regierungsrat für die Bereitschaft, den Vorstoss in Form eines Postulats entgegenzunehmen. Ursprünglich wollte sie politisch schneller vorankommen und per 1. Januar 2025 ein Bonus-Malus-System eingeführt haben, deshalb die Motion. Sie ist aber mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden. Was sind dann aber die nächsten Schritte, nachdem der Regierungsrat das grundsätzliche Anliegen geprüft und für machbar befunden hat? Wird dann dem Landrat die Überweisung einer Standesinitiative empfohlen oder muss dieses Anliegen erneut eingereicht werden?

**Werner Hotz** (EVP) geht davon aus, dass alle Anwesenden die Gesundheitskosten gerne senken würden. Bei der KVG-Prämie handelt es sich um eine Angelegenheit des Bundes. Seitdem das KVG in Kraft ist (1996), wird versucht, die Prämie zu senken. Auch die Idee eines Bonus-Malus-Systems ist nicht neu und wurde in Bern bereits behandelt. Bei einer Hausratsversicherung ist ein solches System sehr sinnvoll. Bei Gesundheitskosten ist dies aber falsch. Zugestanden: Bei Einzellebensversicherungen von Rauchern bei Privatversicherungen ist dies ein gutes Prämienthema. Die Grüne/EVP-Fraktion ist dennoch gegen diesen Vorstoss, auch in der Form eines Postulats. Einerseits liegt es in der Kompetenz des Bundes, andererseits ist das Mittel der Standesinitiative mittlerweile ziemlich ausgelutscht und deshalb unnötig. Das Inkrafttreten per 1. Januar 2025 ist im Wissen um den Gesetzgebungsprozess auf Bundesebene illusorisch. In der obligatorischen Krankenpflege ist Solidarität ganz essentiell. Niemand entscheidet sich für Diabetes oder Krebs. Zwar soll es gemäss Postulatstext Ausnahmeklauseln geben, aber wie, ist unklar. Deshalb bittet die Grüne/EVP-Fraktion, das Postulat abzulehnen.

**Urs Roth** (SP) schliesst sich seinem Vorredner an. In der obligatorischen Krankenversicherung gibt es die Wahlfranchise und den Selbstbehalt als Eigenbeteiligung. Ansonsten handelt es sich um ein solidarisch finanziertes System mit Versicherungsprämien und Steuermitteln. An sich besteht Einigkeit: Das Ziel ist die Förderung der Gesundheit. Nicht nur das persönliche Wohlergehen, sondern auch wirtschaftliche Aspekte spielen hierbei eine Rolle. Bei der Wahl der Instrumente hört aber die Einigkeit auf. Im Zusatzversicherungsbereich existieren im Gegensatz zur obligatorischen Krankenpflegeversicherung Risikogruppen und risikoadjustierte Prämienausgestaltungen. Dies ist vom Gesetz her vorgesehen. In der obligatorischen Krankenpflegeversicherung herrscht hingegen das Solidaritätsprinzip. Das ist auch gut so. Ein Bonus-Malus-System wird mutmasslich Gesunde belohnen und Kranke belasten. Während das System im Zusatzversicherungsbereich aufgrund von Risikokalkulationen eingesetzt wird und dies getan werden darf, ist dies in der sozial finanzierten Krankenversicherung eben nicht erwünscht. Wenn beispielsweise Übergewichtige ihr Gewicht reduzieren, würde das Risiko verringert. Aber das ist nicht vorgesehen. Gesunde, die 10 km joggen, sollen belohnt werden. Das ist gut gemeint, aber falsch gedacht. Bonus-Malus-System sind nur bedingt dazu geeignet, Risikopatienten zu erreichen. Viel mehr bergen solche Systeme die Gefahr, den Zweck der obligatorischen Krankenpflegeversicherung auszuhöhlen. Solche Abenteuer sollen gar nicht erst begonnen werden. Die SP-Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab. Es

wurde heute mehrmals gesagt, dass mutige Entscheide getroffen werden sollen. Urs Roth wundert sich, dass der Regierungsrat nicht mutiger agiert und solche Vorstösse nicht ablehnt.

**Saskia Schenker** (FDP) sagt, die FDP-Fraktion sei ob der Bereitschaft des Regierungsrats, das Postulat entgegenzunehmen, ebenfalls verwundert. Aus dem Vorstosstext wurde nicht klar, worum es überhaupt geht und wofür es Bonus und Malus geben soll. Die FDP würde mehr Spielraum bei alternativen Versicherungsmodellen begrüssen. Wenn sich Versicherte dazu bekennen, nur bestimmte Leistungserbringer zu berücksichtigen und dafür einen Rabatt erhalten, ist das aus Sicht der FDP begrüssenswert. Das Anliegen von Caroline Mall wurde aber so verstanden, wie es von den Vorrednern ausgeführt wurde, also dass Menschen nach ihrem Lebensstil beurteilt beziehungsweise eingeschränkt werden sollen, weil ein gesunder Lebensstil mittel- und langfristig zu weniger Gesundheitskosten führt als der nicht-gesunde Lebensstil. Das sind aber erzieherische Massnahmen. Die FDP-Fraktion möchte aber, dass weiterhin jeder selbst entscheiden kann, wie viel Schoggi man isst oder was man sonst noch so geniesst. Wenn das mit Bonus-Malus gemeint ist, lehnt die FDP-Fraktion das Postulat klar ab. In diesem Zusammenhang stellte sich auch die Frage, was genau der Regierungsrat überhaupt prüfen möchte.

**Caroline Mall** (SVP) nimmt Urs Roth Aussage zu mutigen Entscheiden auf. Das Thema Krankenkassenprämien war vor noch nicht allzu langer Zeit bei der SP sehr akut. Bereits damals hatte Caroline Mall einen originellen Vorschlag lanciert, nämlich, dass Bussengelder sinnvoll zur Reduktion der Krankenkassenprämien eingesetzt werden sollen [2023/520]. Obwohl der Landrat den Vorstoss abgelehnt hat, steht sie nach wie vor hinter dem Anliegen.

Beim vorliegenden Vorstoss dachte sie einen Schritt weiter. Selbstverständlich handelt es sich um ein Thema, wofür der Bund kompetent ist. Das heisst aber nicht, dass dies nicht mittels Standesinitiativen angeregt werden kann. Auch Caroline Mall weiss, dass Standesinitiativen in Bern in einer Schublade landen und es das dann war. Dass aber ein solcher Vorstoss ins Lächerliche gezogen wird, versteht die Postulantin nicht. «Bonus-Malus» bedarf keiner erneuten Erklärung. Wie die exakte Gesetzesformulierung lautet, ist nicht ihre Aufgabe. Es geht um Prüfen und Berichten. Auch das Postulat von Saskia Schenker wurde überwiesen, obwohl auch nicht allen klar war, was sie eigentlich damit wollte [2023/706]. Caroline Mall ist wichtig, dass alle Möglichkeiten in Betracht gezogen werden, um die Krankenkassenprämien reduzieren zu können. Es geht nicht darum, dass Personen, die 40 km am Tag joggen, keine Prämien und solche, die vier Pack Zigaretten pro Tag rauchen, das Fünffache zahlen. Es geht darum, eine Auslegeordnung vorzunehmen, ein Bonus-Malus-System zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten. Der Regierungsrat ist bereit, den Vorstoss entgegenzunehmen, und ist wohl in der Lage, dies einschätzen zu können. Liest man den Vorstoss, sollte aber eigentlich klar sein, was das Ziel ist. Wenn das Plenum das Gefühl hat, es handelt sich um einen Witz, respektiert Caroline Mall die ablehnende Haltung und sie freut sich, in Zukunft von anderer Seite intelligente Vorstösse zur Senkung der Krankenkassenprämien lesen zu können – Stichwort: Kaufkraft stärken.

**Manuel Ballmer** (GLP) ist froh, hat Saskia Schenker das Anliegen ebenfalls nicht verstanden. Er hat den Vorstosstext dreimal gelesen und immer noch nicht verstanden, was Caroline Mall sagen möchte. Dank der Stellungnahme des Regierungsrats stiess Manuel Ballmer auf einen spannenden Artikel in der «Ostschweiz», mit dem ihm klar wurde, was Caroline Mall wohl einführen möchte. Die Bereitschaft des Regierungsrats zur Entgegennahme dieses Anliegens überrascht, umso mehr mit der Vorgabe «ab 1.1.2025». Neben dem Gesetzgebungsprozess auf Bundesebene müssen die Krankenkassen diese Systeme ja auch noch umsetzen. In die IT-Architektur und die nötigen Anpassungen sieht Manuel Ballmer berufsbedingt etwas stärker rein und kann deshalb sagen, dass eine solche Einführung x Jahre dauern würde. Solche Vorstösse erstaunen umso mehr, als dass der Alterspräsident aus der SVP-Fraktion stammt und zu Beginn der Legislatur alle Ratsmit-

gliedert gebeten hat, sich gut zu überlegen, mit welchen Aufträgen der Regierungsrat belastet wird. Dieser Vorstoss ist es nicht wert, Zeit in eine Prüfung und einen Bericht zu investieren.

**Marco Agostini** (Grüne) ist nicht klar, was der Regierungsrat prüfen soll. Soll geprüft werden, ob eine Standesinitiative eingereicht werden kann, sei gesagt, dass es hierfür nur eine Mehrheit des Landrats braucht. Eine Änderung von Motion auf Postulat bringt also gar nichts. Ein weiterer Punkt: Man darf nicht nur die Krankenkassen berücksichtigen, sondern müsste auch die Suva betrachten. Alle Fussballspieler und Skifahrerinnen müssten entsprechend bestraft werden; wer nur faul auf der Couch liegt, müsste belohnt werden. Das ist doch ein Wirrwarr. Es wäre sicher spannend zu sehen, wer was wo tun darf.

**Marc Scherrer** (Die Mitte) dankt Saskia Schenker für ihre Ausführungen – auch die Mitte-Fraktion stellte sich diese Fragen. Eine weitere Frage: Der Regierungsrat schreibt in seiner Stellungnahme, dass das Postulat inhaltlich geprüft werden soll. Wie muss man sich das vorstellen? Besucht der Gesundheitsdirektor und seine Entourage die Krankenkassen und klärt ab, ob ein Bonus-Malus-System theoretisch möglich wäre? Die Regelung erfolgt über das KVG, was wiederum ein Bundesgesetz ist. Mit welchem Input seitens Regierungsrat ist bei einer Überweisung zu rechnen?

://: Mit 67:17 Stimmen wird der Vorstoss auch nach der Umwandlung in ein Postulat abgelehnt.

---